

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XXV/132

Bonn, den 20. Juli 1970

Seite

Zeilen

1 - 2

Mit realistischer Zuversicht

74

Zum Beginn der EWG-Beitrittsverhandlungen

Von Dr. Katharina Focke SPD-MdB

Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler

3

Mit dem Placet des ganzen Westens

48

Scheels historische Mission in der sowjetischen Hauptstadt

4

Hier ist mehr Aufklärung geboten!

38

Zur Weltjugendversammlung der Vereinten Nationen

Mit realistischer Zuversicht

Zum Beginn der EWG-Beitrittsverhandlungen

Von Dr. Katharina Focke SPD-MdB

Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler

Am 21. und 22. Juli 1970 werden die Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien in Brüssel nunmehr konkret eröffnet. Nach der Sommerpause werden die ersten Einzelverhandlungen mit Irland, Dänemark und Norwegen folgen. Die offizielle Eröffnung mit allen vier Beitritts-Kandidaten am 30. Juni in Luxemburg war bereits ein verheißungsvoller Auftakt. Die Gemeinschaft spricht mit einer Stimme.

Der Ratspräsident, der belgische Außenminister Harmel, hat deutlich gemacht, daß Übereinstimmung in den Zielen wichtigste Voraussetzung für eine Gemeinschaft ist, auch gerade dann, wenn sie erweitert wird. Deshalb ist es von besonderer Bedeutung, daß ihr dynamischer Ausbau während der Verhandlungsphase unvermindert fortgesetzt wird. Nur eine florierende Gemeinschaft bleibt attraktiv. Der Weg bis zu diesem Punkt war lang und beschwerlich. "Umleitungen" und manche Stockungen mußten in Kauf genommen werden. Die stetig reifende Einsicht, daß mit jedem Fortschritt der sechs Mitgliedstaaten in der Europäischen Gemeinschaft der willkürliche Schnitt quer durch Europa nur um so spürbarer wurde, genügte nicht. Die Kraft des gerade in der europäischen Integration sonst so heilsamen Sachzwangs reichte nicht aus. Der politische Wille und die echte Bereitschaft aller Mitgliedstaaten mußten hinzukommen.

Die auf Anregung des französischen Staatspräsidenten Georges Pompidou einberufene Konferenz der Staats- und Regierungschefs im Dezember 1969 in Den Haag hat in einem neuen "contract européen" zu einer Bereinigung aller schwelenden europäischen Probleme geführt. In einer Serie von weitreichenden Beschlüssen wurden diese Grundsatzentscheidungen in die Tat umgesetzt.

Nach der Vollendung der Gemeinschaft mit Verabschiedung der ersten supranationalen Finanzverfassung wurde die gemeinschaftliche Verhandlungsposition für die Erweiterung fixiert. Dies geschah zügig und es zeigte sich, daß der Geist vertrauensvoller gemeinschaftlicher Zusammenarbeit sich wieder einstellte. Gerade die von deutscher Seite bei den Finanzberatungen investierte Bereitschaft zu weitreichenden Engagements mit beachtlichen finanziellen Rückwirkungen für die Bundesre-

publik hat dazu beigetragen, endlich vom erfolglosen Feilschen um vermeintlich unverzichtbare Positionen zu einer wahrhaft politischen Vorwärtsstrategie überzugehen.

Die Bundesregierung hat hier mehr als ihre europäische Pflicht getan. Der Bundeskanzler selbst hat mit Staatspräsident Pompidou in Den Haag den Grundstein für diese Entwicklung gelegt; die Regierungschefs der übrigen Mitgliedstaaten haben das ihre zum Erfolg beigetragen. Bei den deutsch-französischen Konsultationen haben jetzt Staatspräsident Pompidou und Bundeskanzler Brandt bekräftigt, daß beide Regierungen in der Beitrittsfrage in engstem Kontakt miteinander bleiben wollen. Damit erfolgen die Beitrittsverhandlungen auf einer sicheren politischen Grundlage.

Den Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich gebührt zu Recht der erste Platz. Es wird darauf ankommen, nicht sofort die schwierigste Frage, nämlich die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik, aufzugreifen, sondern sich nach und nach an den harten Kern heranzutasten. Dabei bieten sich die Zollunion und die Agrarpolitik selbst als erste Themen an.

Das Schicksal der Verhandlungen mit Großbritannien wird das der Verhandlungen mit den übrigen Kandidaten entscheidend bestimmen. Und auch unser Verhältnis zu den übrigen EFTA-Staaten, die bisher keine Beitrittsabsicht bekundet haben, wird sich an der Verhandlungslage mit Großbritannien orientieren. Daher trägt die britische Delegation eine besonders schwere Verantwortung.

Eine sichere Grundlage für den britischen Beitritt bildet die Tatsache, daß sowohl die Labour-Party, die unter der Regierung Wilson mit soviel politischem Weitblick den Beitritt in beinahe aussichtsloser Situation 1967 beantragt hat, als auch die jetzige konservative Regierung Heath mit gleicher Entschlossenheit Verfechter des Beitritts sind. Daß der Teufel in den Details - den kleinen und großen Sachfragen - steckt, ist gewiß eine Erkenntnis, die nicht allein auf die bisherigen Mitgliedstaaten beschränkt ist.

Die Bundesregierung hat nach der langen Erfolgsserie der vergangenen acht Monate in der Europäischen Gemeinschaft begründete Hoffnung, daß die Verhandlungen kein Wagnis sind. Der Wille der Gemeinschaft zur Erweiterung ist in den vergangenen Monaten bereits erhärte worden. Und der englische Europaminister Barber hat in Luxemburg auf die Identität der Interessen der Mitgliedstaaten wie der Beitrittskandidaten verwiesen, die ein sicheres Fundament für den erfolgreichen Ausgang der Verhandlungen darstellt. Wir beginnen also die neue Phase im Leben der Europäischen Gemeinschaft mit realistischer Zuversicht.

Mit dem Placet des ganzen Westens

Scheels historische Mission in der sowjetischen Hauptstadt

Bundesaußenminister Walter Scheel kann am 26. Juli in der festen und tragfähigen Überzeugung nach Moskau fliegen, daß die westdeutsche Ostpolitik auch in diesem Stadium, in dem es jetzt darum geht, Vertragsnägeln mit Köpfen zu machen, die volle Billigung der westlichen Alliierten hinter sich hat. Die Blitzflüge Scheels nach London und Washington, die manchem Beobachter zunächst überflüssig erschienen waren, weil die Grundsatzzustimmung sowohl Großbritanniens als auch der USA bereits vorlag, haben die letzten möglichen Zweifel ausgeräumt.

Damit ist das politische Gewicht der Bundesrepublik bei den Verhandlungen, die Scheel in der nächsten Woche im Kremi zu führen hat, zwar nicht größer geworden als es bisher schon gewesen ist, denn die westliche Zustimmung zur Bonner Ostpolitik ist keine Neuheit. Wir dürfen aber trotzdem mit großer Befriedigung verzeichnen, daß das Placet, das die sozial-liberale Bundesregierung für ihr ganz handfestes Bemühen um den Beginn der dringend notwendigen Verständigung und Aussöhnung auch mit dem Osten von Washington, London und Paris mitbekommen hat, dem ganzen Bonner Unternehmen eine internationale Note von westpolitischer Bedeutung verleiht. An der Tatsache, daß die Bundesrepublik unter Führung des Sozialdemokraten Willy Brandt und des Liberaldemokraten Walter Scheel mit ihrem Gewaltverzichtsverhaben entschlossen, Überzeugend und zügig einen so wichtigen und tragenden Baustein zur Absicherung des Friedens beiträgt, sind nicht nur die unmittelbar betroffenen Staaten West- und Osteuropas interessiert. Auch aus den Hauptstädten anderer Kontinente blickt man nach Moskau, weil man aufs intensivste an einer Aktion teil hat, die zur festen Befriedung in einem Erdteil führt, der nach zwei, die Welt erschütternden Großkriegen jahrzehntelang von einem erbitterten Kalten Krieg beherrscht war, der größte Gefahren in sich birgt.

Man wird sich diese Tatbestände ständig vor Augen halten müssen, wenn man die nun nachgerade verzweifelten Anstrengungen der christdemokratischen Union, von der Strauß-CSU völlig zu schweigen, beobachtet, diese Brandt-Scheel-Aktion möglichst noch im letzten Augenblick zu stoppen, ohne auch nur den geringsten Ansatz einer brauchbaren Alternative vorweisen zu können, die, und daran kann ja auf keiner Seite ein Zweifel bestehen, schließlich doch zu demselben Ergebnis führen müßte: Nämlich zum Abschluß von Gewaltverzichtsabkommen zwischen Bonn und den Staaten des Warschau-Paktes, weil der Aussöhnung mit dem Westen die Aussöhnung mit dem Osten folgen muß, wenn wir endlich Frieden in ganz Europa und damit Sicherheit für jeden von uns Deutschen und jeden von uns Europäern bekommen und haben sollen. Es sieht leider kaum noch so aus, als ob die Opposition, die unter dem Druck einer bestimmten Politikergruppe steht, endlich zu einer Haltung finden würde, die es ihr ermöglicht, die Scheel-Verhandlungen in Moskau wenigstens nicht dauernd mit schrillen Dissonanzen zu begleiten. Darum dürfte es an der Zeit sein, allgemein deutlich und klar zu machen, daß diese Opposition, wie sie sich heute darbietet, außer negativer und hörgelndzweifelnder Polemik nichts zu bieten hat und deshalb in einer historischen Phase ihre politische Funktion verfehlt.

Hier ist mehr Aufklärung geboten!

Zur Weltjugendversammlung der Vereinten Nationen

Anlässlich des 25jährigen Bestehens der Vereinten Nationen hat zum erstenmal auf Anregung des UNO-Generalsekretärs U Thant eine Weltjugendversammlung stattgefunden, an der mehr als 600 Delegierte aus 118 Ländern und Territorien teilnahmen. Bei der Tagung im Haus der Vereinten Nationen ist es zuweilen recht turbulent zugegangen. Die Meinungen prallten hart aufeinander, doch alle zusammen verband das Bewusstsein universeller Zusammengehörigkeit. Die Themen, die behandelt wurden, und die Auseinandersetzungen, die sich daran entzündeten, waren von weltweiter Bedeutung. Sie umfaßten solche Komplexe wie die Beschränkung der Rüstungsausgaben, die Regierungskontrolle über ausländische Unternehmungen, die Förderung der Ausbildung der Jugend in der Dritten Welt, die allgemeine Verteilung von Empfängnisverhütungsmitteln und den Kampf gegen Umweltgefahren.

Die jungen Leute fällten auch Urteile über Staaten und Regierungen, teilten sie in imperialistische und nichtimperialistische Länder ein, und manchem Staat sprachen sie jedwede moralische Qualität ab. Nun, darüber läßt sich bei dem Zustand, in dem sich die heutige Welt befindet, trefflich streiten. Das Befassen mit universalen Dingen gibt keine Gewähr für Objektivität, es können sich auch verengte Blickfelder, die den Horizont vernebeln, einstellen. Das trifft sicherlich für jene nicht kleine Gruppe von Delegierten zu, die die Bundesrepublik als einen imperialistischen Staat charakterisierten. Eine solche, vor einem Weltforum aufgestellte Behauptung zeugt, wenn man nicht Böswilligkeit unterstellt, von krasser Unwissenheit, für die man weniger diese jungen, politisch engagierten Weltbürger verantwortlich machen kann, als vielmehr den Mangel an Information und Aufklärung, die ihnen zuteil werden.

Hier ist für die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung, auf die ganze Welt bezogen, noch ein weites Feld zu besackern. Wie wäre es, wenn man diesen jungen Leuten, die in ihren Ländern morgen gewiß an Schalthebeln der Politik sitzen werden, Gelegenheit gäbe, sich durch Augenschein von der friedlichen Gesinnung unseres Volkes und dem nach Verständigung orientierten Friedenswillen unserer Bundesregierung zu überzeugen? Gewiß sind ideologisch verblendeter Fanatismus und Voreingenommenheit schwer zu beseitigende Übel. Unwissenheit aber läßt sich immer noch zu aller Nutzen korrigieren.

+ + +